



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Beer (PIRATEN)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Veränderungen von Aktivitäten im rechtsextremistischen Bereich und Ausländerextremismus in Schleswig Holstein - Ausländerextremismus

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Seit Vorlage des letzten Verfassungsschutzberichtes 2015 vom Mai 2016 <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4160.pdf> hat es Veränderungen im Umfeld rechtsextremistischer und religiös motiviertem Extremismus in Schleswig-Holstein gegeben.

1. Gibt es seit 2015 landesweit einen Anstieg derjenigen, die zu den "Grauen Wölfen" gezählt werden?

Antwort:

Die Zahl der Anhänger, die in Schleswig-Holstein zu der Ülkücü-Bewegung gerechnet werden, ist seit 2015 mit 400 geschätzten Personen konstant.

2. Gibt es regionale Schwerpunkte?

Antwort:

In Schleswig-Holstein zählen die Städte Kiel, Lübeck und Neumünster zu den Schwerpunkten der Ülkücü-Bewegung.

3. Sieht die Landesregierung eine Verbindung zwischen dem Agieren der "Grauen Wölfe" in Schleswig-Holstein und der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei?

Antwort:

Ja. Die Landesregierung Schleswig-Holstein sieht eine Verbindung zwischen der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei und Ereignissen in Schleswig-Holstein. Seit den Parlamentswahlen im November 2015 in der Türkei sind Spannungen innerhalb der türkisch-stämmigen Bevölkerung und teilweise auch in Deutschland zwischen Türken und Kurden unübersehbar. Dabei vermischten sich extremistische und nicht-extremistische Gruppierungen in allen Lagern. Diese Polarisierung führte auch in Schleswig-Holstein zu in Teilen gewalttätigen Demonstrationen und Sachbeschädigungen.

4. Gibt es außer den "Grauen Wölfen" weitere Gruppierungen, die dem Ausländerextremismus zuzurechnen sind?

Antwort:

Ja. Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 (Drucksache 18/4160) enthält unter Abschnitt VIII Nr.3 eine Aufstellung weiterer Gruppierungen, die dem Ausländerextremismus zuzurechnen sind.

5. Gibt es Hinweise darauf, dass die sogenannten "türkischen Idealisten" versuchen, kommunale Integrationsarbeit zu unterwandern?

Antwort:

In Schleswig-Holstein konnten Erkenntnisse zur politischen Teilhabe von Anhängern der Ülkücü-Bewegung in demokratischen Parteien und Gremien festgestellt werden. Gemäß § 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes wurden die zuständigen Stellen in Kenntnis gesetzt.